



02/2019

„GRÜN IST DAS NEUE SCHWARZ“

Sankt Augustin, 5. April 2019 Wer hätte es gedacht? Kurz vor ihrem vierzigsten Geburtstag als Partei erreichen die Grünen in neuesten Umfragen ein Wählerpotential in der Größenordnung der Union. Laut dem Trendbarometer von Forsa erklären 38 Prozent der Wahlberechtigten, sie könnten sich vorstellen, die Grünen zu wählen. Die Union erhält gerade einmal einen Prozent mehr an Zuspruch. Was für ein Triumph für die einstigen „Schmuddelkinder der Bonner Republik“, deren männlicher Parteivorsitzender gleichzeitig das Beliebtheitsranking der deutschen Politiker anführt und folgerichtig von der Hauptstadtresse bereits zum Kanzlerkandidaten hochgeschrieben wird.

Grün ist das neue schwarz, möchte man meinen – zumal die FORSA Umfrage auch ergeben hat, wie ähnlich sich die Wählergruppen von Grünen und Union geworden sind. Stehen die Zeichen also auf schwarz-grün, was eine neue Bundesregierung betrifft? Es hat den Anschein, dass diese Farbkombination bei vielen Beteiligten im Berliner Politbetrieb eine gewisse Euphorie weckt. Die Grünen drängt es ohnehin zur Regierungsbeteiligung. Die Merkel-Anhänger in der Union – ja, die gibt es noch – sehen in einer solchen Koalition die einzig wirklich Garantie zur Verlängerung ihrer politischen Karriere in Regierungsverantwortung. Der Großteil unserer Medien favorisiert schon aus Eigeninteresse eine solche neue Parteienkonstellation nach dem tristen schwarz-roten Allerlei der vergangenen Jahre; und selbst die führenden Wirtschaftsverbände der Republik glänzen eher mit passivem Abwarten als mit klaren Aussagen über die Risiken einer möglichen schwarz-grünen Regierungsbildung.

Aber diese Risiken liegen auf der Hand und müssen jetzt thematisiert werden! Eine Partei, die von ihrem moralischen Hochsitz herab alle politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme unseres Landes durch eine rigide Bevormundung seiner Bürgerinnen und Bürger beheben will, kann aus meiner Sicht auf Bundesebene kein wirklich ernsthafter politischer Partner sein für jene Kräfte, die Eigenverantwortung und soziale Marktwirtschaft als Basis verantwortlichen gesellschaftlichen Handelns ansehen und eben nicht ideologiegeprägten staatlich verordneten Ökonationalismus. Das würde nicht die Erderwärmung, sondern nur das wirtschaftliche Vorankommen der Menschen bremsen.

Sicher, Umwelt- und Klimaschutz ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Aber müssen wir uns als führende Industrienation neben dem Ausstieg aus der Atomenergie auch gleich den Kohleausstieg aufbürden? So richtig es ist, dass sich eine junge Generation für ihre Zukunft interessiert, Schülerinnen und Schüler dafür demonstrieren, dass mehr passiert: Kommen wir zurück auf den Boden der Realität! Jugendlicher Aktionismus wie auch politischer Attentismus helfen nicht weiter. Es ist genug zu tun, um die Bereitschaft der Menschen zu wecken, ernsthaft etwas für Klimaschutz, Energieeinsparung und CO2 Reduktion zu tun – und wenn es nur darum geht, den umweltschädlichen Bestand an alten Heizungen aus den Kellern der Republik zu bekommen.

Das geht aber nicht dadurch, dass man potentiellen Wählergruppen nur das gute Gefühl suggeriert, mit ihrer grünen Stimmabgabe etwas irgendwie rundum Gutes zu tun – für die Kinder, für sich selbst und die Umwelt. Menschen müssen überzeugt werden, dafür in ihrem direkten Lebensumfeld das Richtige zu tun. Und das gelingt nicht durch Verbote, sondern durch überzeugende politische Angebote für eigeninitiatives Handeln.

Helmut Bramann ist Hauptgeschäftsführer des ZVSHK

Portrait zum Download <https://www.zvshk.de/presse/medien-center/bilddatenbank/hauptamt/>